

2726/J XX.GP

der Abg. Böhacker, Rosenstingl, Haigermoser und Kollegen  
an den Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr

betreffend Finanzierung von Schüler... und Lehrlingsfreifahrten

Mit Ende des Schuljahres 1996/1997 wurden durch den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie die Verträge über die Durchführung der Schüler- und Lehrlingsfreifahrten der Verkehrsunternehmen PTA und ÖBB-KWD im Rahmen des FLAG in den Bundesländern bzw. Verkehrsverbänden Salzburg, Kärnten und Tirol gekündigt. Von dieser Maßnahme sind im Bundesland Salzburg ca. 27.000 Schüler und Lehrlinge betroffen.

Sollte es zu keiner Einigung kommen, müßten die Eltern die weitestgehend ermäßigten Fahrausweise für ihre Kinder kaufen und praktisch bis zur Rückverrechnung mit dem zuständigen Finanzamt bzw. der zuständigen Finanzlandesdirektion vorfinanzieren. Für Alleinverdiener in der durchschnittlichen Einkommenskategorie kann dies sogar bis zur Aufnahme von Krediten führen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr die nachstehende  
Anfrage

- 1.) Die einstige Streichung des § 39 c FLAG führt zu einer markanten Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der Bahnunternehmen, da die für die jahrzehntelang gewünschten niedrigen Bahntarife nunmehr die Ausgleichszahlungen gestrichen wurden. Im Gegensatz zum Busverkehr schmälert sich die Ertragslage der Bahnunternehmen gegenüber den Autobussen drastisch. Beabsichtigen Sie oder ein drittes Bundesressort diese einseitige Wettbewerbsverzerrung auszugleichen?
- 2.) Verbundtarife sind gestützte Fahrpreise! Wer ist unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben und der Kompetenzverteilung für familienpolitische Aufgaben zuständig? Aus welchen Budgetbereichen ist aus Ihrer Sicht die Schülerfreifahrt zu finanzieren?
- 3.) Werden Sie bei den nächsten Finanzausgleichsverhandlungen dafür eintreten, daß im Falle einer zukünftig durch den Bund gewünschten Mitfinanzierung bei der Schülerfreifahrt die Länder auch die notwendigen Finanzmittel bekommen?
- 4.) Eine Einbeziehung der Schüler und Lehrlinge in die Verbünde kann nur durch die gleichzeitige Einbindung des ÖKO-Bonusses bzw. der Sozialtarifabgeltung in die Verbundsysteme funktionieren, um so keine Wettbewerbsverzerrung zwischen Bahn- und Busunternehmen herbeizuführen. Teilen Sie diese Meinung, wenn nein, warum nicht?

- 5.) Sehen Sie die Einbindung der Schüler und Lehrlinge in die Verbundsysteme als sinnvoll an?
- 6.) Wenn nein, warum nicht, wenn ja, mit welcher Begründung?
- 7.) Der Bund leistet in allen Verbänden finanzielle Beiträge. Warum ist dem Verkehrsministerium als koordinierende Bundesstelle nicht gelungen, eine Vereinheitlichung zumindest auf der Seite der Fahrscheinverkaufsgeräte und den Grundzügen des Tarifs durchzusetzen?
- 8.) Ist es möglich, aufgrund der unterschiedlichen Verbundstrukturen in Österreich eine österreichweit gültige und für alle gleiche Schüler- und Lehrlingsregelung im Zusammenhang mit der Einbindung dieser Beförderungsgruppe in die Verbände einzuführen? Welche Strategie verfolgt dabei ihr Haus?
- 9.) Sollte die Schüler und Lehrlingsfrage bis zum Beginn des Schuljahres 1997/1998 nicht geklärt werden, ist nicht auszuschließen, daß die betroffenen Verkehrsunternehmen die Verbundverträge kündigen. Wie wirkt sich ein derartiger Schritt dann auf die Zeitkartenpreise der Pendler aus? Wäre dann die durch den Familienminister geortete Fahrpreisdifferenz, zwischen den Pendlerfahrausweisen und den Schülertickets, noch vorhanden?